

Pläne für Außenstelle „gekippt“

Von vorweihnachtlicher Stimmung war wenig zu spüren bei der letzten Sitzung des Stadtrates in diesem Jahr. Was weniger an den niedrigen Temperaturen in der Dorfgemeinschaftsanlage Vehlen als am Thema lag: die U3-Betreuung. Die Frage, ob die ehemalige Grundschule Krainhagen dafür noch infrage kommt, führte zu einer Kampfabstimmung, in der die SPD auf die Stimme des Bürgermeisters verzichten musste – und unterlag.

Obernkirchen. Es war ein Beschlussvorschlag, der sich an der Realität orientierte: Der Ratsbeschluss vom 25. Januar 2009 zur Nachnutzung der Grundschul-Außenstelle solle „ausgesetzt“ werden, hatte die Verwaltung empfohlen. Stattdessen möge im Rathaus fachlich, baulich und pädagogisch geprüft werden, wie und wo die Betreuung in den städtischen Einrichtungen durchzuführen sei. Über die Nachnutzung hatte es schon auf der März-Sitzung eine hitzige Debatte gegeben. Damals wurde dem Antrag der SPD, dem Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) das leerstehende Gebäude für die Betreuung von Unter-Dreijährigen und Senioren zu überlassen, mit Unterstützung der Grünen/WIR mit 13 Stimmen bei 23 Ratsmitgliedern stattgegeben. Ab 2010/2011 sollte die Einrichtung bei der städtischen Vergabe von U3-Betreuungsplätzen berücksichtigt werden. Eingeholt wurde der Antrag von der Realität, denn die Erzieherinnen des Kindergartens Kammwegs, die während der Sanierung ihres Gebäude in die Außenstelle umzogen, sprachen später von katastrophalen Verhältnissen: Die Fenster schließen nicht, die Sonne scheint tagsüber nicht in die Räume, die Teppiche im unteren Bereich sind stets nass, das Gebäude sei so hellhörig, dass sich die Kinder nach ein paar Wochen nur noch schreiend unterhalten hätten. Der CDU/WGO ging der Antrag, die Nachnutzung „auszusetzen“, daher nicht weit genug. „Das Pferd liegt tot im Stall – bitte nicht mehr füttern“, brachte es Gruppensprecher Martin Schulze-Elvert auf den Punkt: Die Nachnutzung solle nicht ausgesetzt werden, sondern ganz gekippt. Schulze-Elvert verwies ebenso wie Bürgermeister Oliver Schäfer auf eine dringende Empfehlung des Landkreises. Dort hatte man nach der März-Entscheidung betont, dass es sich zwar um eine Einzelfallentscheidung der Stadt handle, in die der Landkreis nicht hineinwirken könne, aber: Mit Blick auf die Haushaltssituation der Stadt bleibe festzustellen, dass eine Zusammenarbeit mit dem ASB eine Teilsanierung des Gebäudes bedeute, die im Wege der Erstattung von Betriebskosten zu einer versteckten Kreditaufnahme führe. Der Ratsentscheid solle daher noch einmal überdacht werden. Im Zuge der U3-Debatte holte Schulze-Elvert vorgestern zum großen Rundumschlag aus: Man habe in den letzten beiden Jahren der Großen Koalition festgestellt, dass man das gleiche Ziel habe – im Großen und Ganzen. In diesem Jahr aber seien Absprachen nicht eingehalten und sei Vertrauen einseitig gebrochen, sei die fachliche Zusammenarbeit der Polemik preisgegeben worden. Hinter den harten Worten verbirgt sich der Ärger über ein aus Sicht der CDU/WGO-Gruppe gebrochenes Ehrenwort. Vor Zeugen und per Handschlag habe es Karl-Heinz Struckmeier (SPD) einst gegeben und damit versprochen, sein Amt als Ortsvorsteher in Röhrkasten in diesem Jahr an Namensvetter Heinrich Struckmeier (CDU) abzugeben. Jetzt will Struckmeier (SPD) nicht mehr – und begründet das auch. Er habe damals mit Handschlag und vor Zeugen, „aber immer unter dem Vorbehalt, dass die weitere Zusammenarbeit mit der CDU/WGO vertrauensvoll“ verlaufe, diese „lose Vereinbarung“ getroffen. Seit der März-sitzung, in der sich Struckmeier angegriffen und beleidigt fühlte, „und einzelnen Dingen, die das bestärkt haben“, sei dies Vertrauen nicht mehr da – und die „lose Vereinbarung damit hinfällig.“ Die SPD-Fraktion, so Struckmeier, „steht in dieser Frage hinter mir.“ SPD-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Mevert nahm den Ball aus Röhrkasten nicht auf, wollte aber auf der „Aussetzung“ beharren. Dann müsse man, erwiderte Schulze-Elvert, auch seine Aufgaben als Stadtrat richtig wahrnehmen – und alle paar Monate bei der Verwaltung nachfragen, ob es denn ein Konzept für Krainhagen gebe und ob der untere Teil des Gebäudes weiterhin dem ASB angeboten wurde: „Aussetzen heißt: weiter arbeiten.“ Schäfer wies daraufhin, dass die Verwaltung sich der Realität längst gestellt habe und an U3-Konzepten für alle städtischen Einrichtungen arbeite. Sah Mevert anders: „Ich gebe was auf – und weiß nicht, was ich bekomme.“ Schäfer versuchte zu vermitteln und erklärte, dass alle Fraktionen ja im Grunde das Gleiche wollten, und es sollte nicht für eine Fraktion nun eine Tür zugemacht werden. Das Bild nahm Beate Krantz (CDU) gern auf: „Ich mache mal eine Tür für Kinder auf.“ Sie wollte es endgültig geklärt sehen: „Da machen wir nichts.“ Zwölf Mitglieder der CDU-WGO-Gruppe sowie die Mehrheit von Grüne/WIR stimmten für „kippen“, elf Ratsmitglieder für „aussetzen“. Da sich Bürgermeister Schäfer der Stimme enthielt, wird das „tote Pferd“ nicht mehr gefüttert. Spätestens im Jahr 2012/13 soll in der Stadt eine U3-Gruppe für 15 Kinder eingerichtet werden. Übrigens: Die Enthaltung von Schäfer war ein recht geschickter Schachzug: Schulze-Elvert und seine Mannen hatten ihren Abstimmungserfolg, die Stimmung hob sich danach wieder – wenn auch nicht in weihnachtliche Höhen. rnk